

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EURO: RETTUNGSSCHIRM NIMMT GESTALT AN – DEUTSCH-FRANZÖSISCHE IRRITATIONEN - BEITRITT VON ESTLAND

Zur Umsetzung des Rettungsschirms von 750 Mrd. € (s. EB 09/10) haben die Finanzminister der 16 Euro-Länder für ihren Anteil von 440 Mrd. € am 07.06.2010 den Rahmenvertrag zur Gründung der sog. Finanzmarktstabilisierungsfazilität unterzeichnet, auf dessen Basis eine Zweckgesellschaft mit Sitz in Luxemburg eingerichtet wird. Deutschland bürgt für etwaige Kredite mit bis zu 148 Mrd. €. Die Gesellschaft soll von dem ehemaligen, deutschen Generaldirektor der Generaldirektion für Wirtschaft und Währung *Klaus Reglin*, geleitet werden. Nach dem zweiten Treffen der Task Force zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung am gleichen Tag unter Leitung von Ratspräsident *Herman Van Rompuy* schälen sich konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes heraus. Für Irritationen insbesondere in Frankreich sorgte die kurzfristige Absage eines Treffens von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* mit Präsident *Nicolas Sarkozy* in Berlin am 07.06.2010. Als Hintergrund werden verschiedene Auffassungen über eine Wirtschaftsregierung in der Eurozone und zu den Sparplänen der Bundesregierung vermutet. Das Treffen soll nun am 14.06.2010 stattfinden. Der ECOFIN-Rat empfahl am 08.06.2010 die Aufnahme von Estland in das Euro-Währungsgebiet zum 01.01.2011. Es wird erwartet, dass das Europäische Parlament und der Europäische Rat nächste Woche dieser Empfehlung zustimmen. (siehe auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115006.pdf

Statement Hermann Van Rompuy:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/114979.pdf

Erklärung zur Errichtung der Finanzmarktstabilisierungsfazilität:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/114977.pdf



ERWEITERUNG: POSITIVES SLOWENISCHES REFERENDUM IM GRENZSTREIT MIT KROATIEN

In einer Volksabstimmung haben die Slowenen am 06.06.2010 mit knapp 52 % für ein zwischen den Regierungen von Kroatien und Slowenien ausgehandeltes Abkommen gestimmt, wonach die Festlegung der slowenisch-kroatischen Seegrenze in der Bucht von Piran in die Hände eines fünfköpfigen, internationalen Schiedsgerichts gelegt wird. Slowenien hatte wegen dieser Frage 2009 für zehn Monate die EU-Beitrittsverhandlungen von Kroatien blockiert (siehe EB 19/09). Damit ist ein wesentliches Hindernis für den Beitritt Kroatiens zur EU beseitigt worden. EU-Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* sprach von einem wichtigen Signal für die gesamte Region. Die nächste Erweiterungskonferenz mit Kroatien und der Türkei ist für den 30.06.2010 vorgesehen.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST (EAD): PERSONALSTATUT VORGELEGT

Die Kommission hat am 09.06.2010 als weitere Voraussetzung für die Errichtung des EAD einen Vorschlag zur Änderung des EU-Beamtenstatuts vorgelegt. Die Vorschläge betreffen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter des EAD, nicht aber seinen organisatorischen Aufbau und seine künftige Personalpolitik (s. dazu bereits im EB 08/10). Mit dem Vorschlag soll die personalrechtliche Gleichbehandlung aller Institutionen gewährleistet werden, die Personal für den neuen Auswärtigen Dienst abstellen: Rat, Kommission und diplomatische Dienste der Mitgliedstaaten. Als letzte Maßnahme steht noch ein Vorschlag zur Finanzierung des EAD durch die Änderung des Haushalts aus, der am 15.06.2010 erwartet wird.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 03./04.06.2010: INNENPOLITIK

- SWIFT-Verhandlungen: *Malmström* berichtet von Fortschritten
- Ratsschlussfolgerungen zu unbegleiteten Minderjährigen
- Stellungnahme zum Bericht über den Pakt für Einwanderung und Asyl
- Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels gebilligt
- Aktionsplan zum Stockholmer Programm – Kritik an Kommission



- Kontroverse über SIS II geht weiter
- Erneute Aussprache zur inneren Sicherheit
- Terrorismusbekämpfung: Bericht des EU-Koordinators, gemeinsame Erklärung EU-USA
- Bericht über Gespräche EU-Russland zu JI-Fragen – Dissens über Visabefreiung
- Schlussfolgerungen zur erleichterten Einreise von EU-Bürgern an den EU-Außengrenzen
- Verhandlungsmandat für den EMRK-Beitritt der EU gebilligt.

KOMMISSION SCHLÄGT VISABEFREIUNG FÜR BÜRGER ALBANIENS UND BOSNIEN-HERZEGOWINAS VOR

Die Kommission hat eine Änderung der Visalistenverordnung vorgeschlagen, um die Bürger Albaniens und Bosnien-Herzegowinas von der Visapflicht für kurzfristige Aufenthalte in der EU zu befreien, sofern sie einen biometrischen Reisepass besitzen. Über den Vorschlag entscheiden Rat und Europäisches Parlament im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0256:FIN:DE:PDF>

GENERALDIREKTION JUSTIZ UND INNERES WIRD GETEILT, ZWEI NEUE GENERALDIREKTOREN BESTIMMT

Die Kommission hat die Trennung der bisher für Justiz- und Innenpolitik zuständigen Generaldirektion Freiheit, Sicherheit und Recht in eigenständige Generaldirektionen für Inneres und für Justiz bekannt gegeben. Ab 01.07.2010 wird der bisherige Generaldirektor für Freiheit, Sicherheit und Recht, *Jonathan Faull* (UK), neuer Generaldirektor für Binnenmarkt. Generaldirektor für Inneres wird der 55-jährige italienische Jurist *Stefano Manservigi*.

http://ec.europa.eu/civil_service/docs/directors_general/manservigi_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

TAGUNG DES JI-RATS AM 03./04.06.2010 IN LUXEMBURG

Der JI-Rat vom 25./26.02.2010 in Luxemburg befasste mit folgenden rechtspo-



litischen Themen:

- Internationales Scheidungsrecht
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren
- Europäische Schutzanordnung blockiert
- Sonstiges.

GRÜNBUCH ZUR CORPORATE GOVERNANCE UND VERGÜTUNGSPOLITIK

Die Kommission hat am 02.06.2010 – neben weiteren Maßnahmen im Bereich der Finanzkrise – das Grünbuch „Corporate Governance in Finanzinstituten und Vergütungspolitik“ vorgelegt. Die Konsultation läuft bis zum 01.09.2010.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/com2010_284_de.pdf

NEUE GENERALDIREKTION JUSTIZ

Aus der bisherigen Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit werden zum 01.07.2010 die Generaldirektion Inneres und die Generaldirektion Justiz.

VERBRAUCHERSCHUTZ: ROAMINGVERORDNUNG IST GÜLTIG

Die Roamingverordnung, die Obergrenzen für die Entgelte von Mobiltelefonen bei Anrufen außerhalb ihres Netzes festlegt, steht mit dem EU-Recht in Einklang.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ZWEITE SITZUNG DER TASK FORCE UNTER LEITUNG DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN RATES *VAN ROMPUY*

Am 07.06.2010 hat sich die Task Force unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates, *Van Rompuy*, mit der Stärkung der Haushaltsdisziplin durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Verringerung von Wettbewerbsunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten befasst. Zentrale Neuerung soll die Einführung eines „Europäischen Semesters“ sein. Jeweils im Frühjahr sollen die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsentwürfe der Kommission und den



anderen EU-Mitgliedstaaten vorlegen. Überprüft werden sollen die wesentlichen Annahmen, die den Haushaltsentwürfen zugrunde liegen, wie z. B. die Wachstums- oder Inflationsraten, und die wesentlichen Haushaltsdaten (Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und Defizit). Die Haushaltshoheit der nationalen Parlamente wird aber nicht beschränkt. Weitere Maßnahmen sind die Verhängung von Sanktionen u .U. schon vor Überschreiten der 3 %-Defizit-Grenze und die stärkere Fokussierung auf die Verschuldungsgrenze im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Zur Überwachung der nationalen Haushalte müsse die makroökonomische Überwachung hinzukommen. Es sollen Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit entwickelt und auf dieser Grundlage ein Frühwarnsystem eingerichtet werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/114979.pdf

EINRICHTUNG EINES EUROPÄISCHEN FINANZSTABILISIERUNGSMCHANISMUS

Am 09.05.2010 hatte der ECOFIN-Rat die Einrichtung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus mit einem Gesamtvolumen von bis zu 500 Mrd. € beschlossen. 60 Mrd. € entfallen auf Kredite, die von der EU-Kommission an Euro-Mitgliedstaaten in finanziellen Schwierigkeiten ausgereicht werden können. Die restlichen 440 Mrd. € werden über eine Zweckgesellschaft abgewickelt, für die die teilnehmenden Mitgliedstaaten anteilig bürgen. Auf ihrer Sitzung am 07.06.2010 hat die Eurogruppe die am 09.05.2010 getroffene politische Entscheidung zur Gründung einer Zweckgesellschaft umgesetzt. Es wurde der Rahmenvertrag der Garantiegeber und der Gesellschaftsvertrag für die Zweckgesellschaft „European Financial Stability Facility“ („EFSF“) gebilligt. Die Mittel aus der EFSF können bis 30.06.2013 beantragt werden. Die EFSF kann einzelne Kredittranchen ausreichen, wenn der betreffende Mitgliedstaat die wirtschafts- und finanzpolitischen Auflagen erfüllt.

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro-Anlage_1,templateld=raw,property=publicationFile.pdf
http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro-Anlage-2,templateld=raw,property=publicationFile.pdf



WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 08.06.2010

Der Rat teilt die Auffassung der EU-Kommission, dass Estland die Voraussetzungen für die Einführung des EURO erfüllt. Die endgültige Entscheidung wird der Rat voraussichtlich am 13.07.2010 treffen. Zuvor werden die Staats- und Regierungschefs das Thema voraussichtlich auf ihrem Gipfeltreffen am 17./18.06.2010 erörtern. Daneben hat der Rat eine politische Einigung über die Verordnung im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit erzielt. Eurostat soll in die Lage versetzt werden, eine effektive Überprüfung der gemeldeten Zahlen vorzunehmen. Diese Verordnung steht im Zusammenhang mit den erheblichen Statistikproblemen Griechenlands.

Im steuerlichen Bereich erreichte der ECOFIN-Rat insbesondere eine politische Einigung über die Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer. Die wesentliche Neuerung ist die Einrichtung von EUROFISC, einem Netzwerk von nationalen Beamten, mit dem grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug besser aufgedeckt und bekämpft werden soll. Die EU-Kommission erhielt den Auftrag, mit der Schweiz und Liechtenstein in einen Dialog über die Übernahme des Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung zu treten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115006.pdf

EUROPÄISCHE KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR VERBESSERTEN EU-AUFSICHT VON RATING-AGENTUREN VOR UND ERÖFFNET DISKUSSION ÜBER CORPORATE GOVERNANCE BEI BANKEN UND VERSICHERUNGEN

Die EU-Kommission hat am 02.06.2010 Änderungen der EU-Vorschriften zu Ratingagenturen vorgelegt. Sie schlägt ein stärker zentralisiertes System zur Beaufsichtigung von Ratingagenturen auf EU-Ebene vor. Nach dem Kommissionsvorschlag würde die neue Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) mit der Aufsicht über die in der EU registrierten Ratingagenturen betraut. Dazu gehören auch die europäischen Filialen von bekannten Ratingagenturen wie Fitch, Moody's und Standard & Poor's. Mit der am gleichen Tag eingeleiteten Konsultation zur Reform der Corporate Governance in Finanzinstituten sollen Schwachstellen bei der Managementkontrolle, im Risikomanagement und bei den Gehaltsstrukturen verbessert werden. In der ebenfalls am



02.06.2010 verabschiedeten Mitteilung „Regulierung der Finanzdienstleistungen für nachhaltiges Wachstum“ - Mitteilung 2010 – 2011 über den Finanzdienstleistungssektor“ verpflichtet sich die Kommission, die noch ausstehenden Vorschläge zur Finanzreform in den nächsten sechs bis neun Monaten vorzulegen. Dies betrifft u. a. Vorschläge zu den Derivatemärkten, Maßnahmen zu Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen und die weitere Änderung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV)

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/agencies/index_en.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/company/modern/corporate_governance_in_financial_institutions_en.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/news/index_en.htm

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR TURNUSMÄSSIGEN REVISION DER HAUSHALTSORDNUNG UND MITTEILUNG ZUR BESCHRÄNKUNG DES FEHLERRISIKOS

Die EU-Kommission hat am 28.05.2010 ihren Vorschlag zur – alle drei Jahre fälligen – Revision der Haushaltsordnung angenommen. Damit sollen der Zugang zu EU-Geldern erleichtert sowie der Verwaltungsaufwand und die Kosten für die Empfänger reduziert werden. Langfristig soll sich der Schwerpunkt des EU-Finanzhilfesystems von der kostenorientierten auf die ergebnisorientierte Erstattung verlagern. Die ordnungsgemäße Verwaltung regionaler Mittel aus dem EU-Haushalt sollen die Mitgliedstaaten künftig bescheinigen müssen. Die neuen Vorschriften sollen zudem die gemeinsame Finanzierung von öffentlicher und privater Hand erleichtern. Daneben will die Kommission – auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse - nach und nach bis 2011 konkrete Schwellenwerte für das tolerierbare Fehlerrisiko („Tolerable Risk of Error - TRE“) in jedem Politikbereich vorschlagen. Damit will die Kommission eine angemessene Balance zwischen Fehlerrisiko und Kontrollkosten im Vollzug des EU-Haushalts schaffen. Für die Bereiche „Forschung, Energie und Verkehr“ sowie „Ländliche Entwicklung“ soll eine TRE-Schwelle von jeweils 2 - 5% gelten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/budget/library/documents/sound_fin_management/financial_regulation/comm_2010_260_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/documents/sound_fin_management/manage



[ment_systems/com_2010_0261_risk_error_balance_de.pdf](#)

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN DISKRIMINIERENDER BESTEUERUNG AUSLÄNDISCHER PENSIONS- EINRICHTUNGEN

Die EU-Kommission hat Deutschland am 03.06.2010 wegen diskriminierender Besteuerung ausländischer Pensionseinrichtungen beim Europäischen Gerichtshof verklagt, weil Deutschland einer mit Gründen versehenen Stellungnahme der Kommission nicht nachgekommen ist. Dividenden- oder Zinszahlungen deutscher Unternehmen an deutsche Pensionskassen oder Pensionsfonds werden steuerlich besser behandelt als Zahlungen an andere vergleichbare Einrichtungen mit Sitz in der EU. Die Kommission sieht darin eine nicht gerechtfertigte Beschränkung des freien Kapitalverkehrs.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/662&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES DER ENER- GIEMINISTER AM 31.05.2010

Bei der Tagung der Energieminister am 31.05.2010 gab die spanische Ratspräsidentschaft einen Sachstandbericht zum Verordnungsvorschlag Versorgungssicherheit Gas. In Vorbereitung auf den Europäischen Rat am 17.06.2010 diskutierten die Minister einen Ansatz, um die nationalen Ziele für die Energieeffizienz festzulegen. Sie beschlossen Schlussfolgerungen zur künftigen EU-Energiestrategie 2011 – 2020 und nahmen einen Bericht der Kommission zur Umsetzung der transeuropäischen Energienetze im Zeitraum 2007 – 2009 zur Kenntnis.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114729.pdf



EUROPÄISCHE KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR VERBESSERTEN EU-AUFSICHT VON RATING-AGENTUREN VOR UND ERÖFFNET DISKUSSION ÜBER CORPORATE GOVERNANCE BEI BANKEN UND VERSICHERUNGEN

Die Kommission hat am 02.06.2010 ihre Vorschläge zur Änderung der EU-Ratingagentur-Verordnung vorgelegt sowie eine Konsultation zu Gesetzesreformen im Bankenmanagement eröffnet und versichert, noch ausstehende Vorschläge zur Finanzmarktreform, wie die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Marktmissbrauchsrichtlinie auf unregulierte Märkte oder eine Revision der Eigenkapital-Richtlinie, in den nächsten sechs bis neun Monaten vorzulegen (s. hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/agencies/index_en.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/company/modern/corporate_governance_in_financial_institutions_en.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/news/index_en.htm

FORSCHUNGSKOMMISSARIN GIBT MITGLIEDER DES HOCHRANGIGEN EXPERTENAUSSCHUSSES ZUR MESSUNG DER EUROPÄISCHEN INNOVATIONSKRAFT BEKANNT

Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* hat am 28.05.2010 die Mitglieder eines hochrangigen Expertengremiums bekannt gegeben, das die Kommission bei der Erarbeitung von Indikatoren zur Messung von Europas Fortschritt auf dem Weg zu einer innovativen Wirtschaft beraten soll. Vorsitzender des Gremiums ist der spanische Professor *Andreu Mas-Colell*. Deutsche Vertreter sind *Prof. Henning Kagermann*, Präsident der Acatech-Akademie für Wissenschaft und Ingenieurwesen und *Dr. Helmar Rendez* von der Vattenfall Businessgroup Central Europe.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/geoghegan-quinn/hlp/index_en.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION LEITET KARTELLRECHTSVERFAHREN GEGEN AREVA UND SIEMENS EIN

Die Kommission hat am 02.06.2010 ein Kartellverfahren eingeleitet, um ein Wettbewerbsverbot und andere, zwischen Areva und Siemens vereinbarte vertragliche Beschränkungen, die den Wettbewerb für einige Produkte im Kernenergiebereich aushebeln könnten, zu prüfen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/655&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE KOMMISSION VERÖFFENTLICHT SECHSTEN BERICHT ZU HANDELSBESCHRÄNKENDEN MASSNAHMEN

Die Kommission hat am 28.05.2010 den sechsten Bericht zu handelsbeschränkenden Maßnahmen veröffentlicht. Darin stellt sie fast 280 solcher Maßnahmen in den vergangenen 18 Monaten fest, die von den wichtigsten Handelspartnern der EU im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise eingeführt wurden. Mit diesem Bericht ergänzt sie die Überwachungsmaßnahmen der Welthandelsorganisation.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/may/tradoc_146198.pdf

VERKEHRSAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS STIMMT ÜBER VERORDNUNGEN ÜBER DIE FAHRGASTRECHTE IM KRAFTOMNIBUSVERKEHR UND IM SEE- UND BINNENSCHIFFVERKEHR AB

Der Verkehrsausschuss des EP hat am 01.06.2010 für die beiden Verordnungsvorschläge für Bus- und Schiffsreisende gestimmt. Die beiden Vorschläge waren vom Rat in erster Lesung bereits am 11.03.2010 verabschiedet worden (s. EB 06/2010). Die Abstimmung im Plenum des EP ist nun für Juli 2010 vorgesehen.

EUROPÄISCHE UNTERNEHMERPREISE FÜR DIE ERFOLGREICHE GRÜNDUNG VON KLEINUNTERNEHMEN IN KRISENZEITEN VERLIEHEN - NÜRNBERGER INITIATIVE "ZEIT FÜR ETHIK" BEKOMMT EINEN SONDERPREIS

Am 31.05.2010 hat die Europäische Kommission die Europäischen Unternehmerpreise 2010 für die erfolgreiche Gründung von Kleinunternehmen in Krisenzeiten verliehen. Ein Sonderpreis der Jury ging dabei an die Nürnberger Initiative "Zeit für Ethik". Diese verfolgt das Ziel, ethische Normen im Geschäftsleben auch in Umbruchs- und Krisenzeiten aufrechtzuerhalten, indem ein starkes Netzwerk von freiwilligen Experten örtlichen Unternehmern Coaching und Beratung in Ethik für Führungskräfte bereitstellt.



KOMMISSION LEGT REGELN FÜR NACHHALTIGE BIOKRAFTSTOFFE VOR

Die Kommission hat am 10.06.2010 ein Paket mit Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen vorgestellt und ergänzt damit die Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus 2009. Das vorgestellte Paket umfasst eine Mitteilung zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe, eine Mitteilung zur praktischen Umsetzung des EU-Nachhaltigkeitskonzepts, insbesondere zum Schutz unberührter Natur sowie einen Beschluss zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden. Die Zertifizierungssysteme sollen von Wirtschaft, Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen eingerichtet werden. Damit die Zertifizierungssysteme nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe die Anforderungen erfüllen, gibt die Kommission Standards vor. Im Hinblick auf den Schutz der Natur, dürfen Biokraftstoffe nicht aus Wäldern, Feuchtgebieten und Naturschutzgebieten stammen. Zukünftig müssen Biokraftstoffe zudem eine Treibhausgasersparnis von mindestens 35 % gegenüber fossilen Kraftstoffen erreichen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

INFORMELLER AGRARRAT AM 30.05/01.06.2010 IN MÉRIDA (SPANIEN)

Die Agrarminister bestätigten im Rahmen des informellen Treffens am 30.05./01.06.2010 in Mérida (Spanien), dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einen wichtigen Beitrag zur EU 2020 Strategie für intelligentes und nachhaltiges Wachstum leistet. Dazu müsse die GAP auch in Zukunft stark bleiben. Weitgehend bestand Einigkeit darin, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, eine starke GAP mit Direktzahlungen und einem Sicherheitsnetz für die Agrarmärkte beizubehalten und Innovationen zu fördern. Für Kommissar *Cioloş* stehen für die zukünftige GAP die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erbringung der von der Gesellschaft geforderten Leistungen im Mittelpunkt. Zudem wies er auf die Bedeutung lokaler und regionaler Märkte hin. Großbritannien fordert eine Verringerung der Ausgaben und Neuorientierung der GAP.



VERKAUF VON BUTTER AUS INTERVENTIONSBESTÄNDEN HAT BEGONNEN

Am 03.06.2010 wurden die ersten Mengen aus den Milchinterventionsbeständen von der Kommission verkauft. Während die Angebote für Butter akzeptiert und 11.511 t verkauft wurden, erschienen der Kommission die angebotenen Preise für Magermilchpulver zu gering und es kam zu keinem Abschluss. Kommissar *Cioloş* betonte, dass damit die Erholung des Milchmarkts nicht gefährdet werde. Die zu verkaufenden Mengen an Butter und Magermilchpulver wurden während der Milchkrise im letzten Jahr von der Kommission aufgekauft, um die Marktpreise zu stützen.

KOMMISSION LEGT REGELN FÜR NACHHALTIGE BIOKRAFTSTOFFE VOR

Die Kommission hat am 10.06.2010 ein Paket mit Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen vorgestellt und ergänzt damit die Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus 2009. Das vorgestellte Paket umfasst eine Mitteilung zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe, eine Mitteilung zur praktischen Umsetzung des EU-Nachhaltigkeitskonzepts, insbesondere zum Schutz unberührter Natur sowie einen Beschluss zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden. Die Zertifizierungssysteme sollen von Wirtschaft, Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen eingerichtet werden. Damit die Zertifizierungssysteme nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe die Anforderungen erfüllen, gibt die Kommission Standards vor. Im Hinblick auf den Schutz der Natur, dürfen Biokraftstoffe nicht aus Wäldern, Feuchtgebieten und Naturschutzgebieten stammen. Zukünftig müssen Biokraftstoffe zudem eine Treibhausgaseinsparung von mindestens 35 % gegenüber fossilen Kraftstoffen erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

AGRARAUSSCHUSS IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT KRITISIERT KOMMISSION WEGEN WIEDERAUFNAHME DER FREIHANDELSGESPRÄCHE MIT MERCOSUR-STAATEN

Die Abgeordneten des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments lehnen die Aufnahme von Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) kollektiv ab. Die Abgeordneten befürchten bei einem Abschluss der Verhand-



lungen große Verluste in der europäischen Landwirtschaft und kritisieren die Informationspolitik der Kommission. Sie fordern zudem eine ausführliche Folgenabschätzung.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=566>

NEUE MASSNAHMEN GEGEN VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

Die Kommission und die Europäische Umweltagentur haben anlässlich der größten europäischen Umweltkonferenz, der Brüsseler Grünen Woche, zwei neue Maßnahmen vorgestellt, mit denen der Verlust der biologischen Vielfalt aufgehalten werden soll. Ein europäisches Informationssystem für Biodiversität (BISE) soll den Zugang zu vorhandenen Informationen über die Natur und die biologische Vielfalt vereinfachen. Referenzszenarien zur biologischen Vielfalt geben eine Bestandsaufnahme zur Biodiversität und sollen Entscheidungsträgern einen Ausgangspunkt zur Messung der biologischen Vielfalt in der EU an die Hand geben, um zukünftig die notwendigen Schritte zum Erhalt der Artenvielfalt in der EU einzuleiten (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm

ÖFFENTLICHE INTERNETDEBATTE ZUR GAP NACH 2013 BIS 11.06.2010 VERLÄNGERT

Am 12.04.2010 hat die Kommission eine öffentliche Debatte zur GAP nach 2013 im Internet eröffnet, deren offizielles Ende zunächst für den 03.06. angesetzt war. Aufgrund der großen Nachfrage hat die Kommission entschieden, die Debatte erst am Freitag, den 11.06.2010, zu schließen. Nach Kommissionsangaben sind bisher über 3.700 Beiträge eingestellt worden. Die Ergebnisse werden nach Abschluss der Internetdebatte von einer unabhängigen Agentur ausgewertet und im Einzelnen bei der Konferenz zur Zukunft der GAP nach 2013 am 19./20.07. in Brüssel vorgestellt.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 07./08.06.2010: EINIGUNG ÜBER ARMUTSZIEL ALS BEITRAG FÜR DEN EUROPÄISCHEN RAT ZU EUROPA 2020

Die Fortsetzung der Debatte um die Europa 2020-Strategie bildete einen Schwerpunkt der Tagung des Beschäftigungs- und Sozialministerrats am 07./08.06.2010 in Luxemburg. Dabei einigten sich die EU-Fachminister als Beitrag für den Europäischen Rat am 17./18.06.2010 auf eine quantifizierte Zielvorgabe zur Armutsbekämpfung von mindestens 20 Millionen Menschen, die aus der Armut herausgeführt werden sollen, und geeignete Indikatoren für das Ziel der sozialen Eingliederung. Einverständnis bestand zudem bzgl. der allgemeinen Ausrichtung der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Ratsschlussfolgerungen wurden u.a. zu „Neuen Kompetenzen für neue Beschäftigung“, zum „Aktiven Altern“ sowie zu langfristig tragfähigen Systemen der sozialen Sicherheit zur Verwirklichung der Ziele für angemessene Renten und soziale Eingliederung angenommen. Mit Blick auf die voraussichtlich im Herbst 2010 durch die EU-Kommission vorgelegte Strategie für Menschen mit Behinderung wurde eine EntschlieÙung angenommen. Eine politische Einigung wurde erzielt bzgl. der Vorschläge zur Ausdehnung der Bestimmungen der Verordnung 883/2004 auf Drittstaatsangehörige.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/115003.pdf

EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE IN DER EUROZONE IM APRIL 2010 BEI RUND ZEHN PROZENT

Nach Berechnungen des EU-Statistikamts Eurostat, die am 01.06.2010 veröffentlicht wurden, lag die Arbeitslosenquoten saisonbereinigt im April 2010 in der Eurozone bei 10,1 Prozent gegenüber 9,2 Prozent im April 2009. In der EU 27 lag die Arbeitslosenquote im selben Zeitraum bei 9,7 Prozent (April 2009: 8,7 Prozent). Schätzungen von Eurostat zufolge stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen sowohl in der EU 27 als auch in der Eurozone von 16 Mitgliedsländern gegenüber März 2010 um 25.000. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchs die Zahl der Arbeitslosen um 2,4 Millionen in der EU 27. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen verzeichneten die Niederlande mit 4,1 Prozent sowie Österreich (4,9 Prozent). Deutschland lag mit 7,1 Prozent ebenfalls unter dem



EU-Durchschnitt. Die höchsten Quoten meldeten Lettland, Spanien und Estland.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/78&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

STUDIE DER EU-KOMMISSION: TRADITIONELLE ROLLENBILDER PRÄGEN WEITERHIN BILDUNGSERFOLG

Zahlreiche junge Frauen und Männer entscheiden sich noch immer für Berufe, die traditionelle Geschlechterrollen widerspiegeln. Dies geht aus einer am 07.06.2010 von der Europäischen Kommission vorgelegten Studie zur Frage, wie die Länder in Europa mit geschlechtsspezifischen Ungleichheitengewichten im Bildungsbereich umgehen, hervor. Danach gibt es sowohl bei Studienwahl als auch Studienerfolg weiterhin Unterschiede zwischen Frauen und Männern. In Deutschland zum Beispiel betrug der Anteil der weiblichen Hochschulabsolventen im Bereich Gesundheit und Soziales 2007 fast 75 Prozent, im Ingenieur- und Bauwesen dagegen knapp 18 Prozent.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9217_de.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION WILL DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG NEUEN IMPLUS VERLEIHEN

Mit der Mitteilung „Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020“ hat die Europäische Kommission ihre Pläne zur Weiterentwicklung der EU-Bildungsk Kooperation auf dem Gebiet der beruflichen Bildung vorgestellt. Diese Mitteilung steht im Zusammenhang mit dem Kopenhagen-Prozess, der im Jahr 2002 für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung eingeleitet wurde und seitdem alle zwei Jahre überprüft wird. Die Kommission strebt an, mehr Menschen zur Teilnahme an der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu ermuntern, die Qualität des Ausbildungsangebots zu verbessern und die Mobilität zwischen Arbeitsplätzen und Ländern zu erleichtern. Diese Vorschläge stellen den Beitrag der Kommission zu einem Zehnjahresprogramm für Reformen im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses dar, das von den zuständigen Ministern Ende 2010 unter belgischem Ratsvorsitz beschlossen werden soll (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

http://ec.europa.eu/education/vocational-education/doc/com296_de.pdf



FÖRDERUNG VON INNOVATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN FÜR ALTE MENSCHEN

Die Kommission startete ein Konsultationsverfahren für ein neues Programm mit dem Titel Umgebungsunterstütztes Leben (AAL PJ), das im Rahmen der Digitalen Agenda die Förderung von Forschungsvorhaben unterstützen soll, die mithilfe neuer IKT sozial isolierte, kranke und behinderte Menschen in die Informationsgesellschaft integrieren sollen. Ein Teil der Forschungsarbeiten und Innovationen soll aus Mitteln finanziert werden, die für den Bereich IKT des spezifischen Programms Zusammenarbeit innerhalb des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung (7. RP) vorgesehen sind. Die teilnehmenden Mitgliedsstaaten leisten ebenfalls einen Beitrag zur Finanzierung. Insgesamt stellen der öffentliche und der private Sektor in Europa etwa 600 Millionen Euro zur Verfügung (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Öffentliche Konsultation:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/einclusion/policy/ageing/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

PODIUMSDISKUSSION ZUR MOBILITÄT IM BILDUNGSBEREICH UND ZU BILDUNGSZIELEN IN DER EUROPA 2020-STRATEGIE

„Die Idee eines geeinten Europa ist auf Bildung und Begegnung angewiesen“, erklärte der bayerische Kultusminister *Dr. Ludwig Spaenle* anlässlich einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion, die am 1. Juni in der Bayerischen Vertretung in Brüssel zum Thema „Mobilität im Bildungsbereich – Ziele für Europa 2020?“ stattgefunden hat. Im Rahmen dieser Veranstaltung überreichte *Spaenle* als Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* eine Erklärung zur Mobilität im Bildungsbereich in Europa, die von der KMK Ende Mai in München angenommen worden war. In dieser Erklärung plädieren die deutschen Kultusminister dafür, das europäische Bewusstsein bei jungen Menschen zu stärken, sie von den Vorteilen eines Auslandsaufenthalts zu überzeugen und bestehende Mobilitätshindernisse abzubauen. In der anschließenden Podiumsdiskussion erörterten *Spaenle* und *Vassiliou* gemeinsam mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses im Europaparlament *Doris Pack* und *Prof. Ursula Männle*, Berichter-



statterin im Ausschuss der Regionen zum Grünbuch „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“, Gestaltungsmöglichkeiten für die nächste Generation der EU-Bildungsprogramme.

Die von der KMK angenommene Erklärung zur Mobilität im Bildungsbereich findet sich unter folgender Internet-Adresse:

http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2010/Erklaerung_zur_Mobilitaet_im_Bildungsbereich_in_Europa.pdf

EUROPÄISCHE KOMMISSION WILL DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG NEUEN IMPULS VERLEIHEN

Mit der Mitteilung „Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020“ hat die Europäische Kommission ihre Pläne zur Weiterentwicklung der EU-Bildungskooperation auf dem Gebiet der beruflichen Bildung vorgestellt. Diese Mitteilung steht im Zusammenhang mit dem Kopenhagen-Prozess, der im Jahr 2002 für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung eingeleitet wurde und seitdem alle zwei Jahre überprüft wird. Die Kommission strebt an, mehr Menschen zur Teilnahme an der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu ermuntern, die Qualität des Ausbildungsangebots zu verbessern und die Mobilität zwischen Arbeitsplätzen und Ländern zu erleichtern. Diese Vorschläge stellen den Beitrag der Kommission zu einem Zehnjahresprogramm für Reformen im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses dar, das von den zuständigen Ministern Ende 2010 unter belgischem Ratsvorsitz beschlossen werden soll.

http://ec.europa.eu/education/vocational-education/doc/com296_de.pdf

EUROPÄISCHE KOMMISSION STELLT HANDBUCH ZUR LEHRERBILDUNG VOR

Im letzten Bildungsausschuss des EU-Ministerrates unter spanischem Vorsitz stellte die Europäische Kommission ein neues Handbuch zur Lehrerbildung vor. Das Handbuch mit dem Titel „Developing coherent and system-wide induction programmes for beginning teachers“ soll politische Entscheidungsträger dabei unterstützen, kohärente, strukturierte und umfassende Einführungsprogramme für junge Lehrkräfte zu entwickeln. Dem Handbuch zufolge existieren bislang nur in einer kleinen Zahl von Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Programme, die angehenden Lehrkräften dabei helfen, sich im



Beruf zurechtzufinden.

Das Handbuch, das den Auftakt zu einer Reihe von Handbüchern zu verschiedenen Bildungsthemen (z.B. Schulabbrecher) bilden soll, steht – bislang nur auf Englisch – auf folgender Internetseite zur Verfügung (die deutsche Fassung soll bis Ende Juni erscheinen):
http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/handbook0410_en.pdf

NEUES INTERNET-PORTAL FÜR EU-BILDUNGSPOLITIK

Die Nationale Agentur Bildung für Europa hat in Zusammenarbeit mit dem BMBF und der Europäischen Kommission ein neues Internet-Portal für die EU-Bildungspolitik eingerichtet.

www.eu-bildungspolitik.de

INTERNET-PLATTFORM FÜR NATURWISSENSCHAFTLICHE BILDUNG: SCIENTIX

Die Europäische Kommission hat die Internet-Plattform „Scientix“ für naturwissenschaftliche Bildung ins Leben gerufen, die dazu beitragen soll, Schülerinnen und Schüler stärker für Naturwissenschaften zu begeistern. Die Plattform steht unter dem Motto „Suchen, finden und anwenden“ und steht auch auf Deutsch zur Verfügung.

<http://scientix.eu>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

VERBESSERUNG DURCH VEREINFACHUNG UND VERTRAUEN - INITIATIVE TRUST RESEARCHERS

Über 13.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Europa (fast 1.400 davon aus Deutschland) unterzeichneten mit ihrem Namen die Deklaration „Trust Researchers“, welche am 08.06.2010 dem Vorsitzenden des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments, *Herbert Reul*, übergeben worden ist. Die Erklärung – adressiert an die Entscheidungsträger für das 2014 startende 8. Forschungsrahmenprogramm – bringt die Anliegen der europäischen Forschergemeinschaft auf fünf Postulate: Gegenseitige vertrauensvolle Partnerschaft von Forschenden und Forschungsfördernden, Konzentrierung auf Forschung, Konsistenz der Vision des Europäischen Forschungsraumes, Verlässlichkeit der Förderprinzipien und schließlich



die Risikobereitschaft.

<http://www.trust-researchers.eu/index.php?file=home.php>

EUROPAS FÜHRENDE FORSCHUNGSUNIVERSITÄTEN FÜRCHTEN „RADIKALEN WECHSEL“ IN EU-POLITIK

Die League of European Research Universities (LERU) wandte sich am 08.06.2010 vor dem Hintergrund der Vorbereitungen zum 8. Forschungsrahmenprogramm (FRP) gegen eine Output-orientierte Steuerung durch die Forschungsförderung. LERU – u.a. ist die Universität München Mitglied – unterstrich die eigenen Forderungen für das 8. FRP, publiziert in der Mitteilung „Towards an effective 8th Framework Programme“, in deren Mittelpunkt die Forderung nach einer vertrauensvollen, risikotoleranten Forschungsförderung steht. Weitere Kernforderungen von LERU sind eine ausbalancierte Forschungsförderung von Steuerung und „Bottom-up“-Ansätzen der Wissenschaftsgemeinschaft ausgerichtet auf die Exzellenzförderung und eine Verfahrensvereinfachung.

http://www.leru.org/files/publications/LERU_Advice_paper_FP8_final.pdf

INTERNETPORTAL SCIENTIX: WERBUNG FÜR DIE NATURWISSENSCHAFTEN

Zur Information für alle Interessierten, insbesondere für Lehrer und Eltern, errichtete die Kommission das neue Internet-Portal Scientix unter dem Motto „Suchen, finden und anwenden“. Finanziert von der EU sowie diversen nationalen Förderfonds sind unter Scientix Lehrmaterialien, politische Hintergrundmaterialien und Forschungsergebnisse auf Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch und Polnisch abrufbar. Ferner dient Scientix zukünftig als Plattform für die Organisation von Workshops. Zudem wird ein monatlicher Newsletter versandt.

<http://scientix.eu>

KULTUR: EUROPEAN UNION PRIZE FOR CULTURAL HERITAGE FÜR ARCHITEKTEN DER TUM

Andrij Kutnyi, Architekt an der Technischen Universität München (TUM), erhielt am 10.06.2010 in Istanbul von EU-Kulturkommissarin *Androulla Vassiliou* den European Union Prize for Cultural Heritage/Europa Nostra Award 2010 für seine Erforschung von durch Umwelteinflüsse gefährdete Holzkirchen. Zu-



sammen mit 28 anderen Gewinnern setzte er sich gegen 140 Projekte aus insgesamt 26 Ländern durch. Die Ausschreibungsfrist für den Award 2011 läuft noch bis zum 01.10.2010.

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc623_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 07./08.06.2010 IN LUXEMBURG – BEREICH GESUNDHEIT

Am 07. und 08.06.2010 tagte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) in Luxemburg (vgl. auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Nach schwierigen Verhandlungen konnten die EU-Gesundheitsminister im Laufe der Sitzung am 08.06. eine politische Einigung über den Richtlinienvorschlag zur Ausübung von Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung erzielen, nachdem eine solche unter schwedischer Ratspräsidentschaft im Dezember 2009 noch gescheitert war. Des Weiteren nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Solidarität im Gesundheitswesen und zur Verringerung des Salzkonsums an. Ferner führten die Gesundheitsminister eine Debatte zu dem Vorschlag für eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel. Zu den Gesetzgebungsvorschlägen des Pharmapaketes Arzneimittelfälschungen und Arzneimittelüberwachung präsentierte die spanische Ratspräsidentschaft jeweils Fortschrittsberichte. Zum Abschluss gab die ab dem 01.07.2010 amtierende belgische Ratspräsidentschaft einen Überblick über ihre Schwerpunktthemen in den Bereichen Arbeit, Soziales, Gesundheits- und Verbraucherschutz.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lisa/115003.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/114992.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/114994.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/114998.pdf

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=487&lang=de>



TAGUNG DES RATES FÜR TELEKOMMUNIKATION AM 31.05.2010

Bei ihrer Tagung am 31.05.2010 in Brüssel verabschiedeten die Minister Schlussfolgerungen zur Digitalen Agenda für Europa. In den recht allgemein gehaltenen Ausführungen betont der Rat, dass eine weitreichende und effektive Nutzung digitaler Technologien u. a. zu einer besseren medizinischen Versorgung der EU-Bürger führen kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114710.pdf

EUGH URTEILT ÜBER ASTURISCHE REGELUNGEN ZUR ZULASSUNG VON APOTHEKEN

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat mit Urteil vom 01.06.2010 in den verbundenen Rechtssachen C-570/07 und C-571/07 entschieden, dass demografische und geografische Beschränkungen bei der Zulassung neuer Apotheken zwar einen Eingriff in die Niederlassungsfreiheit darstellen, diese jedoch gerechtfertigt sind, wenn die beschränkenden Regelungen in Bezirken mit besonderen demografischen Merkmalen derart flexibel gehandhabt werden, dass sie eine angemessene pharmazeutischen Versorgung nicht verhindern.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-570%2F07&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100>

BADEGEWÄSSERBERICHT ZUR BADESAISON 2009

Am 10.06.2010 haben die Europäische Kommission und die Europäische Umweltagentur ihren jährlichen Bericht über die Qualität der Badegewässer für die Badesaison 2009 vorgelegt, in der insgesamt 20.608 Badegebiete untersucht wurden, davon 13.741 Küstenabschnitte und 6.867 Binnengewässer. Als Badegewässer gelten Gebiete, in denen das Baden ausdrücklich erlaubt ist oder in denen traditionell viele Menschen baden, ohne dass dies verboten ist. In der



Saison 2009 erfüllten europaweit 95,6 % der Küsten- und ca. 89,4 % der Binnengewässer die europäischen Mindeststandards, was eine leichte Verschlechterung gegenüber 2008 (96,3 % Küsten- bzw. 92 % Binnengewässer) bedeutet. Insgesamt habe sich jedoch die Qualität der Badegewässer in der EU in den letzten 30 Jahren erheblich verbessert, so der EU-Umweltkommissar *Janez Potočnik*.

EU-Badegewässerbericht 2010 für die Saison 2009:

http://ec.europa.eu/environment/water/water-bathing/report_2010.html

„Baden in Bayern“:

<http://www.lgl.bayern.de/gesundheit/badeninbayern/index.htm#>

BERICHT DER EUROPÄISCHEN UMWELTAGENTUR – ERNEUTER RÜCKGANG DER EU-TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Am 03.06.2010 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) die Daten zu den EU-Treibhausgasemissionen für das Jahr 2008 veröffentlicht, in dem eine insgesamt positive Bilanz gezogen wird. Die EU-15 konnten demnach 2008 ihre Emissionen um 1,9 % im Vergleich zum Jahr 2007 und um 6,5 % gegenüber dem Niveau des Kyoto-Basisjahres 1990 reduzieren.

<http://www.eea.europa.eu/publications/european-union-greenhouse-gas-inventory-2010>

BRÜSSELER GRÜNE WOCHEN VOM 01. - 04. JUNI IM ZEICHEN DER ARTENVIELFALT

Vom 01. - 04.06.2010 fand in Brüssel die Grüne Woche mit dem Motto „Artenvielfalt – unsere Lebensader“ / „Biodiversity - our lifeline“ statt. Im Mittelpunkt der größten jährlichen Konferenz zur EU-Umweltpolitik stehen im Internationalen Jahr der Artenvielfalt 2010 alle Fragen zum Erhalt und Schutz der Biodiversität. Zum Auftakt der Grünen Woche stellten die Kommission und die Europäische Umweltagentur (EUA) zwei neue Maßnahmen gegen den Verlust der Biodiversität vor und starteten die Kampagne „Business und Biodiversität“. In etwa 30 Diskussionsrunden hatten mehr als 3.500 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen die Gelegenheit, sich über die drängenden Probleme und Herausforderungen beim Themenkomplex Biodiversität auszutauschen.

Grüne Woche:

<http://www.greenweek2010.eu/>



Weitere Informationen zum Thema Biodiversität:

<http://www.eea.europa.eu/themes/biodiversity>

KOMMISSION LEGT REGELN FÜR NACHHALTIGE BOKRAFTSTOFFE VOR

Die Kommission hat am 10.06.2010 ein Paket mit Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen vorgestellt und ergänzt damit die Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus 2009. Das vorgestellte Paket umfasst eine Mitteilung zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe, eine Mitteilung zur praktischen Umsetzung des EU-Nachhaltigkeitskonzepts, insbesondere zum Schutz unberührter Natur sowie einen Beschluss zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden. Die Zertifizierungssysteme sollen von Wirtschaft, Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen eingerichtet werden. Damit die Zertifizierungssysteme nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe die Anforderungen erfüllen, gibt die Kommission Standards vor. Im Hinblick auf den Schutz der Natur, dürfen Biokraftstoffe nicht aus Wäldern, Feuchtgebieten und Naturschutzgebieten stammen. Zukünftig müssen Biokraftstoffe zudem eine Treibhausgaseinsparung von mindestens 35 % gegenüber fossilen Kraftstoffen erreichen (s. hierzu den Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

MITTEILUNG ZUR DIGITALEN AGENDA: AUSSPRACHE IM EP UND VERABSCHIEDUNG VON RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN

Am 31.05.2010 stellte die Kommissarin für die digitale Agenda *Neelie Kroes*, dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), am 03.06.2010 dem Kulturausschuss (CULT) und dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments Inhalt und Ziele der Mitteilung zur Digitalen Agenda vor (EB 10/2010). Dabei erläuterte sie sieben Aktionsbereiche, wovon sie auf zwei Bereiche besonders einging: Zum einen auf die Implementierung des Telekompakets im Zusammenhang mit Roaming, zum anderen auf die Netzneutralität. *Kroes* begrüßte die rasche Umsetzung der Roaming II-Verordnung und kündigte demnächst einen Zwischenbericht hierzu an. Bis 2015 soll es nach ihren Plänen keinen Unterschied mehr geben



zwischen Roaming und nationalen Tarifen. Im Hinblick auf die Netzneutralität stellte Kroes noch vor der Sommerpause eine öffentliche Konsultation zur Prüfung möglicher regulatorischer Maßnahmen in Aussicht. Ziel der Kommission sei ein offenes und neutrales Internet. Außerdem müsse man sich auf eine einheitliche Definition des Begriffs der Netzneutralität einigen. Im Herbst will die Kommission über das Ergebnis der Konsultation informieren, sowie mögliche politische und legislative Optionen vorschlagen. Außerdem sei noch in diesem Jahr eine Breitbandmitteilung und ein Vorschlag für die Überarbeitung der Universaldienstrichtlinie vorgesehen. Netzneutralität wird auch im Europarat vom 08. bis 11. Juni 2010 thematisiert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/player?eventCode=20100531-1500-COMMITTEEITRE&language=de&byLeftMenu=researchcommittee&category=COMMITTEE&format=wmv#anchor1>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/641&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://berec.europa.eu/>

RECHTSAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FORDERT EUROPaweite URHEBERRECHTSLIZENZEN ZUM AUFBAU DES DIGITALEN BINNENMARKTES

Marielle Gallo, französische Abgeordnete und Mitglied der UMP, hat einen Bericht zum Urheberrechtsschutz vorgelegt, der am 01.06.2010 vom Rechtsausschuss mehrheitlich verabschiedet worden ist. Sie tritt darin vor allem für die Verteidigung des geistigen Eigentums ein und plädiert für die Bestrafung kommerzieller Piraterie, um die Entstehung eines digitalen Binnenmarktes nicht zu gefährden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-75314-151-05-23-902-20100531IPR75276-31-05-2010-2010-false/default_en.htm

FÖRDERUNG VON INNOVATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Die Kommission startete ein Konsultationsverfahren für ein neues Programm mit dem Titel Umgebungsunterstütztes Leben (AAL PJ), das im Rahmen der Digitalen Agenda die Förderung von Forschungsvorhaben unterstützen soll, die mithilfe neuer IKT sozial isolierte, kranke und behinderte Menschen in die



Informationsgesellschaft integrieren sollen. Ein Teil der Forschungsarbeiten und Innovationen soll aus Mitteln finanziert werden, die für den Bereich IKT des spezifischen Programms Zusammenarbeit innerhalb des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung (7. RP) vorgesehen sind. Die teilnehmenden Mitgliedsstaaten leisten ebenfalls einen Beitrag zur Finanzierung. Insgesamt stellen der öffentliche und der private Sektor in Europa etwa 600 Millionen Euro zur Verfügung.

Öffentliche Konsultation:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/einclusion/policy/ageing/index_en.htm

Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung:

http://europa.eu/legislation_summaries/research_innovation/research_in_support_of_other_policies/em0006_de.htm#

AAL Programm:

<http://www.aal-europe.eu/Published/pr-docs/flyer-aal-call-1-projects>
www.aal-europe.eu

TELEKOMMUNIKATIONSBERICHT DER KOMMISSION: VERSTÄRKTER WETTBEWERB ABER NOCH KEIN BINNENMARKT

Die Europäische Kommission hat am 01.06.2010 einen Bericht veröffentlicht, der aufzeigt, dass sich der Wettbewerb auf den europäischen Telekommunikationsmärkten verstärkt. Der Grund sind laut Kommission verbesserte Konsultations- und Überprüfungsverfahren (gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste), die eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen Regulierungsbehörden und der Kommission ermöglichen.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/implementation_enforcement/eu_consultation_procedures/index_en.htm